

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **270 (1991)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-376773>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bühner, Trogen

Das Revolutions-Gedenkjahr wurde sozusagen über Nacht zum Revolutionsjahr – für Osteuropa. «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» hatten 1789 die Parolen der Französischen Revolution gelaute. Freiheit hiess auch 1989 die Losung: Unter dem millionenfachen Ruf nach individueller und demokratischer Selbstbestimmung zerbrachen binnen weniger Monate die kommunistischen Regime, die den osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg aufgepfropft worden waren. Von auferzwungener «Gleichheit und Brüderlichkeit», die durch die Privilegienwirtschaft der herrschenden kommunistischen Funktionärskaste zusätzlich pervertiert worden war, hatten die Völker Osteuropas nach 40 Jahren mehr als genug. «Wir sind das Volk» wurde den Machträgern ohne Volks-Mandat vielhunderttausendfach entgegengehalten. Nach- und nebeneinander schüttelten Polen, Ungarn, die DDR, die Tschechoslowakei und schliesslich Rumänien das Joch kommunistischer Zwangsherrschaft ab. Wo erstmals demokratische Wahlen stattfinden konnten – in Polen, Ungarn und der DDR, aber auch in den jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien – richtete sich ihr Ergebnis samt und sonders gegen jene Parteien, die bisher das Machtmonopol verkörpert hatten. Dank der Demontage des Eisernen Vorhanges und der Mauern, die während einer ganzen Generation Europa entzweigeschnitten hatten, wurden endlich die Voraussetzungen geschaffen, dass die beiden getrennten Hälften unter dem europäischen Dach friedlich zusammenwachsen können.

*

Ungarn war das erste Land, das (Anfang Mai 1989) mit dem Abbau der Grenzbefestigungsanlagen begann. Der Beschluss der Budapester Regierung, DDR-Flüchtlingen ungehindert die Ausreise über Österreich in die Bundesrepublik zu gestatten (am 10. September), machte das ausgeklügelte Grenzbefestigungssystem, mit

dem das DDR-Regime die Bevölkerung an der «Republikflucht» gehindert hatte, zusehends obsolet. Zum auslösenden Moment der «Revolution» in *Ostdeutschland* wurden die Feiern zum 40. Jahrestag der DDR, die das Honecker-Regime noch mit Pomp zu zelebrieren gedachte (am 7. Oktober). Auf Massenkundgebungen in zahlreichen Städten erscholl immer mächtiger der Ruf nach demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen. Die Ereignisse überstürzten sich: Am 18. Oktober trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück; am 4. November demonstrierten über eine Million Menschen auf dem Ostberliner Alexanderplatz für Parteienpluralismus, und am 9. November öffnete das Regime mit sofortiger Wirkung die Grenzübergänge zum Westen. In den folgenden drei Tagen machten mehr als zwei Millionen DDR-Bürger von der wiedergewonnenen Reisefreiheit Gebrauch. Am 22. Dezember schliesslich wurde das *Brandenburger Tor* im Beisein der Regierungschefs Kohl und Modrow geöffnet: 28 Jahre der Trennung zwischen den beiden deutschen Staaten gingen symbolhaft zu Ende.

Erstaunlich rasch schaffte die DDR in den folgenden Monaten den Übergang zu demokratischen Verhältnissen: An Gesprächen «am runden Tisch» zwischen der «Staatspartei» SED und der Opposition wurden Verfassungsreformen und freie Wahlen ausgehandelt. Am 1. Dezember strich die DDR-Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung, und am 18. März 1990 fanden in der DDR – erstmals seit 40 Jahren – freie Wahlen statt, aus denen die CDU überraschend mit 40,9 Prozent der Stimmen als stärkste Partei hervorging; die SPD errang 21,8 %, die PDS, die Nachfolgepartei der SED, 16,3 % und die DSU 6,3 %. Unmittelbar vor Ostern konstituierte sich die neue DDR-Regierung, die von Lothar de Maizière (CDU) geführt wurde und der neben der CDU auch die SPD und die DSU angehörten.

Der Wahlausgang war zugleich ein machtvollles Bekenntnis der DDR-Bevölkerung zugun-

sten einer raschen Vereinigung mit der Bundesrepublik, eine Absage an das Fortbestehen der DDR als eines selbständigen Staates. Fast alle Parteien mit Ausnahme der PDS, der Nachfolgepartei der SED, sowie einzelner Bürgerrechtsbewegungen hatten sich für die «*Wiedervereinigung*» ausgesprochen; der DDR-Staat blieb für die grosse Mehrheit der Bevölkerung ein Zwangsgebilde ohne eigene Identität. Vor allem die wirtschaftliche Rückständigkeit der DDR, ihr immenser Sanierungsbedarf auf allen Ebenen, drängte zum Zusammenschluss mit der BRD, zumal der Strom der Übersiedler in den andern Teil Deutschlands auch nach der Umwälzung nicht abbrach.

In der BRD blieb der Ruf nach Wiedervereinigung nicht ohne Echo: Am 28. November präsentierte Kanzler Helmut Kohl im Bundestag einen 10-Punkte-Plan, der als Ziel die Schaffung einer bundesstaatlichen Ordnung Gesamtdeutschlands vorsah. Dem Wiedervereinigungs-Sog vermochten sich auch die anderen Parteien, bis hin zu den Grünen, nicht zu entziehen: Ende April einigten sich die Regierungen beider deutscher Staaten auf die Schaffung einer *Wirtschafts- und Währungsunion*, die am 1. Juli 1990 in Kraft treten sollte. Am 5. Mai – ziemlich genau 45 Jahre nach Kriegsende – signalisierten die Aussenminister der vier Siegermächte, dass der Selbstbestimmung der Deutschen grundsätzlich nichts im Weg stehe. Offen blieb lediglich die Frage der Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zur Nato, gegen die die Sowjetunion starke Vorbehalte geltend machte. Die europäische Völkergemeinschaft akzeptierte das Streben der Deutschen nach Wiedervereinigung, weniger aus innerer Begeisterung denn aus Einsicht in die Unabänderlichkeit der Entwicklung. Das parteipolitisch motivierte Taktieren Kohls um die polnische Westgrenze trug nicht unbedingt dazu bei, Vertrauen in die Verlässlichkeit der Deutschen zu schaffen.

*

In *Polen* vollzog sich der Übergang zum Mehrparteiensystem ruhiger und weniger dramatisch als in der DDR. Der Gewerkschaftsdachverband «Solidarität» konnte endlich die

Früchte seines jahrelangen Eintretens für Demokratie und politische Reformen ernten. In den Parlamentswahlen vom 4. und 18. Juni 1989 erlitt das kommunistisch beherrschte Regierungsbündnis eine verheerende Niederlage: 99 von 100 Senatssitzen und sämtliche 161 zur Wahl offenstehenden Sitze im Sejm gingen an Kandidaten von «Solidarität». Am 24. August erhielt Polen als erstes osteuropäisches Land seit 40 Jahren eine überwiegend nichtkommunistische Regierung; Ministerpräsident wurde Tadeusz Mazowiecki, ehemaliger Chefredaktor der Gewerkschafts-Zeitschrift «Tygodnik Solidarnosc». Die führende Rolle der kommunistischen PVAP wurde aus der Verfassung gestrichen.

Mit den Polen waren die *Ungaren* das erste osteuropäische Volk, das die Chancen, die ihnen Gorbatschows Politik eröffneten, beherzt ergriff: Die feierliche Neubestattung Imre Nagys, des 1958 hingerichteten Ministerpräsidenten zur Zeit des Volksaufstandes, war (am 16. Juni 1989) der äusserlich sichtbare Ausdruck der Selbstbefreiung der ungarischen Nation und ihrer Hinwendung zu demokratischer Eigenbestimmung. Am 18. Oktober verabschiedete das Parlament ein Paket von Verfassungsänderungen, die u.a. den Übergang zu einem Mehrparteiensystem regelten. Am 23. Oktober, dem 33. Jahrestag des Volksaufstandes von 1956, wurde in Budapest feierlich die Republik Ungarn proklamiert; der Bruch mit der kommunistischen Staatsidee war vollzogen. Bei den Parlamentswahlen im März und April 1990 ging das konservativ-nationale «Ungarische Demokratische Forum» als stärkste Kraft hervor. Als erstes Land Osteuropas bewarb sich Ungarn um die Mitgliedschaft im Europarat.

*

Mit der DDR gehörte die *Tschechoslowakei* zu jenen «Ostblock»-Staaten, deren Regime am verbissensten am Stalinismus festhielten. Die KP-Bastionen an der Moldau zerbrachen indes wie jene an Elbe und Weser unter dem Druck des Volkes: Den äusserlichen Auftakt des Umsturzes bildete ein Protestzug zum Gedenken an den 71. Gründungstag der Tschechischen Repu-



Am 9. November 1989 öffnete das DDR-Regime nach 28 Jahren der Trennung zwischen den beiden deutschen Staaten die Grenzübergänge zum Westen; im Vordergrund der Ost-, im Hintergrund der Westteil von Berlin.

blik am 28. Oktober, den die Prager Polizei gewaltsam auflöste. Täglich grösser werdende Kundgebungen führten knapp einen Monat später, am 24. November, zum Rücktritt der KP-Führung unter Milos Jakes, und schon am 10. Dezember wurde in Prag die erste mehrheitlich nichtkommunistische Regierung seit 40 Jahren gebildet. Den Bruch mit der Vergangenheit besiegelte kurz vor dem Jahreswechsel die Wahl des Schriftstellers und Bürgerrechtlers Vaclav Havel zum Staatspräsidenten sowie jene des einstigen Reformpolitikers Alexander Dubcek zum Parlamentsvorsitzenden.

Perestrojka auch in *Bulgarien*: Am 10. November trat Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff zurück. Beendet wurde damit auch die brutale Diskriminierung der türkischen Min-

derheit: Im Sommer 1989 waren rund 300000 Bulgarien-Türken vertrieben worden. Mehr als eine halbe Million Bulgaren gaben am 18. Dezember ihrer Forderung nach freien Wahlen und demokratischen Verhältnissen Ausdruck.

Blutig verlief die Revolution in *Rumänien*, wo der Familienclan der Ceausescu eine ausgesprochen repressive Diktatur aufgebaut hatte. Noch Mitte November hatte Nicolae Ceausescu am 14. Parteitag Reformen eine harsche Absage erteilt und verkündet, Rumänien gehe «unbeirrbar den Weg in die goldene Zukunft des Kommunismus». Es sollte nicht sein. Von der Stadt Timisoara aus breiteten sich kurz vor Weihnachten Unruhen über das ganze Land aus. Die Armee schlug sich auf die Seite der Regimegegner, während die vom Ceausescu-Clan aufge-



Menschenmassen am 11. November 1989 auf der Berliner Mauer beim Brandenburger Tor.

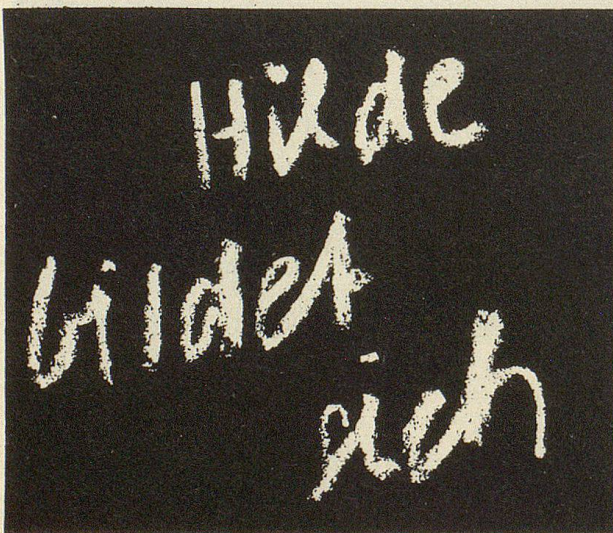
baute Geheimpolizei «Securitate» mit brutaler Gewalt gegen das um seine Freiheit ringende Volk vorging. Der Sturz Ceausescus war trotzdem nicht aufzuhalten: Am 23. Dezember wurde der Diktator mit seiner Frau Elena verhaftet und nach einem Geheimprozess umgehend hingerichtet. Die Befreiung enthüllte das Ausmass des Elendes und der wirtschaftlichen Misere, das Ceausescu und seine KP-Herrschaft verursacht hatten: In byzantinischer Verblendung hatte der Diktator dem einstmals blühenden Agrarstaat Rumänien ein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm aufgezwungen; zum Glück blieb ihm nicht genügend Zeit, um sein Dorfzerstörungsprogramm zu verwirklichen. Der Ceausescu-Clan hinterliess ein dringend hilfebedürftiges Entwicklungsland. Die auf die Revolution folgenden Monate zeigten auch, dass es in keinem Land Osteuropas so schwierig sein würde, demokratische und freiheitliche Strukturen aufzubauen, wie in Rumänien.

*

Die Umwälzungen in Osteuropa wären kaum oder jedenfalls nicht in dieser Radikalität möglich geworden ohne die Politik der Perestrojka in der Sowjetunion und ohne die Person *Mikhail Gorbatschows*. «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Deutlicher, als dies Gorbatschow anlässlich der 40-Jahr-Feiern der

DDR Anfang Oktober in Ostberlin tat, hätte den ideologisch erstarrten Regimes in Osteuropa nicht signalisiert werden können, dass ihre Zeit abgelaufen sei. Die Sowjetunion war offenkundig nicht mehr willens – und vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen auch nicht mehr fähig –, ihre schützende Hand über Regimes zu halten, die keinerlei Bereitschaft zu Reformen und zum Abbau ihrer bürokratischen Zwangsherrschaften zeigten.

Nur: Lief Gorbatschow nicht selber Gefahr, «zu spät zu kommen»? Liess sich der Prozess der Perestrojka, des Umbaus von Staat und Gesellschaft, in einigermaßen geregelten Bahnen kanalisieren? Für den durchschnittlichen Sowjetbürger brachte Perestrojka kaum eine Verbesserung seiner Lage. Die Inflation erreichte 14 Prozent, die Auslandsverschuldung stieg besorgniserregend an. Im Herbst 1989 sah sich Gorbatschow gar veranlasst, ein Notstandsprogramm zur Verbesserung der Versorgungslage anzukündigen. Gefährlicher noch für Gorbatschows Regime, ja für den Bestand der Sowjetunion insgesamt, wurde der *Nationalitätenkonflikt*: Die zentrifugalen Kräfte nahmen rapid zu; Spannungen zwischen unterschiedlichen Volksgruppen entluden sich in Georgien, Armenien, Aserbeidschan und Usbekistan in blutigen Pogromen; in Aserbeidschan musste schliesslich die Sowjetarmee eingreifen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Den Weg völliger Los-



Berufsausbildung an der HDS

Die Handels- und Dolmetscherschule St. Gallen bereitet künftige Übersetzer, Dolmetscher, Reiseleiter, Touristikfachleute, Airhostessen, Sprachlehrer, Handelsangestellte usw. auf ihre Berufe vor. Bestellen Sie Unterlagen über Ihre Ausbildungsmöglichkeiten:

- ☐ Tages-Diplomschulen Sprachen, Handel, Touristik
- ☐ Übersetzerschule
- ☐ Dolmetscherschule
- ☐ Deutsch für Anderssprachige
- ☐ Sprachkurse am Abend

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

AK



Handels- und Dolmetscherschule · Hodlerstrasse 2
9008 St. Gallen
Telefon 071/25 30 35



Blutig verlief die Revolution in Rumänien.

lösung von der Sowjetunion beschritten die *baltischen Völker* – Esten, Letten, Litauer –, deren souveräne Staaten 1940 von Stalin annektiert worden waren. Die harschen Reaktionen des Kremls auf die Unabhängigkeitserklärungen zeigten jedoch, dass für Moskau eine Schmerzgrenze erreicht und dass die Zentralregierung den Zerfall des Vielvölkerstaates UdSSR nicht tatenlos hinzunehmen bereit war.

Gorbatschow, der als erster Inhaber des neu geschaffenen Präsidentenamtes mit umfassenden Machtbefugnissen ausgestattet war, stand unter vielfachem Druck: einerseits von seiten des Volkes, das von der Reformpolitik konkrete Verbesserungen erwartete, andererseits von seiten

des bürokratischen Apparates, der Partei-Apparatschiks und wohl der Armee, die der «Perestrojka» zumindest argwöhnisch gegenüberstanden. Mehr als einmal sah sich die Kreml-Führung genötigt, «das Gerede über die Gefahren eines Umsturzes» zu verurteilen. Welches Ausmass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung erreicht hatte, zeigten die 1.-Mai-Feiern auf dem Roten Platz, als Gorbatschow und die versammelte Führung von Vorbeimarschierenden öffentlich ausgebuht und ausgepiffen wurden.

*

Auch *Chinas* Führung sah sich unter Druck: Die alles in allem erfolgreiche Politik der wirtschaftlichen Öffnung war in wachsendem Mass an die Grenzen des leninistischen Staatssystems gestossen. Die immer lauter vorgetragenen Forderungen nach politischen Reformen und Demokratie verunsicherten die Führung um Deng Xiaoping zusehends. Als die von Studenten getragene Demokratie-Bewegung immer mehr Unterstützung in der Bevölkerung fand – an

einzelnen Kundgebungen nahmen über eine Million Menschen teil –, schlug das Peking-Regime mit brutaler Gewalt zurück: Am 4. Juni 1989 wurde die Hauptstadt von Truppen besetzt, die unter den auf dem Platz des Himmlischen Friedens ausharrenden Studenten ein Massaker verübten. Die Volksrepublik sah sich als Folge weltweit isoliert; in Scherben lag nicht zuletzt das Lebenswerk Deng Xiaopings, der das Land aus den Fesseln der maoistischen Ideologie befreit hatte. – Sehr zum Missfallen Pekings wurde dem Dalai Lama, dem Oberhaupt der Tibeter, der Friedensnobelpreis 1989 zuerkannt.

Fortschritte auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen konnten in Lateinamerika verzeichnet werden. In *Nicaragua* bezogen die Sandinisten bei den ersten freien Wahlen seit dem Sturz Somozas eine empfindliche Niederlage: Präsident Daniel Ortega unterlag der Kandidatin der vereinigten Opposition, Violeta Chamorro. In *Chile* schwang der Christdemokrat Patricio Aylwin bei der Präsidentschaftswahl gegen den Regierungskandidaten Hernan Büchi obenaus; aus den ersten direkten Präsidentschaftswahlen in *Brasilien* seit 29 Jahren ging der konservative Kandidat Collor de Mello als Sieger hervor. Ein gewaltsames Ende fand die Diktatur in *Panama*: Der «starke Mann», General Manuel Antonio Noriega, wurde durch eine amerikanische Militärintervention gestürzt, die er am 15. Dezember durch eine unbedachte Kriegserklärung provoziert hatte.

*

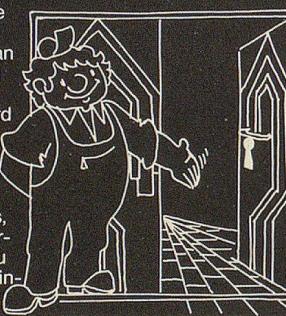
Hoffnungen auf eine bessere Zukunft auch am Kap der guten Hoffnung: *Südafrikas* neuer Präsident Frederick Willem de Klerk, der Pieter W. Botha abgelöst hatte, leitete energische Schritte zur völligen Abschaffung des Apartheidsystems ein, legalisierte die Widerstandsbewegung ANC und setzte sich mit ihr an den Verhandlungstisch. Nelson Mandela, die Symbolfigur des Freiheitskampfes der schwarzen Südafrikaner, wurde nach jahrelanger Haft freigelassen. Auch das von Südafrika seit 1915 verwaltete Namibia vermochte seine Unabhängigkeit zu erringen.

Rheumaschmerzen?
Arthritis? Hexenschuss?
Dann gleich
Dr. med. Knobels
Knobelöl
mit der Heilkraft
natürlicher Kräuter-
extrakte einreiben.
Das fördert die Durch-
blutung und aktiviert
den Heilungs-
prozess.
In Apo-
theken und
Drogerien



Neu Plättli-Ausstellung
auf 650 m² über 3000 verschiedene Plättli

Das müssen Sie
sich ansehen –
diese Auswahl an
Farben, Formen
und Dessins –
einmalig! Es wird
Ihnen Spass
machen, in
einer Fülle von
Mustern, Orna-
menten, Dekors,
Blumen und Ver-
legearten genau
das richtige zu fin-
den! 60 fertige
Anwendungs-



beispiele für Bäder und andere Wohnräume werden Sie begeistern. Holen Sie sich Ideen und Anregungen.

Kein Bauvorhaben, ohne sich bei Plättli Ganz zu informieren, selbstverständlich auch in Sachen Baumaterial.

Plättli Ganz Baumaterial Ausstellung

Simonstrasse 10
9016 St.Gallen-Ost
(bei der Autobahneinfahrt)
Tel. 071/351313

beraten
liefern
verlegen

Für «Plättli-Wohn-Ideen-Sucher» immer Tag der offenen Tür

Innenpolitischer Rückblick

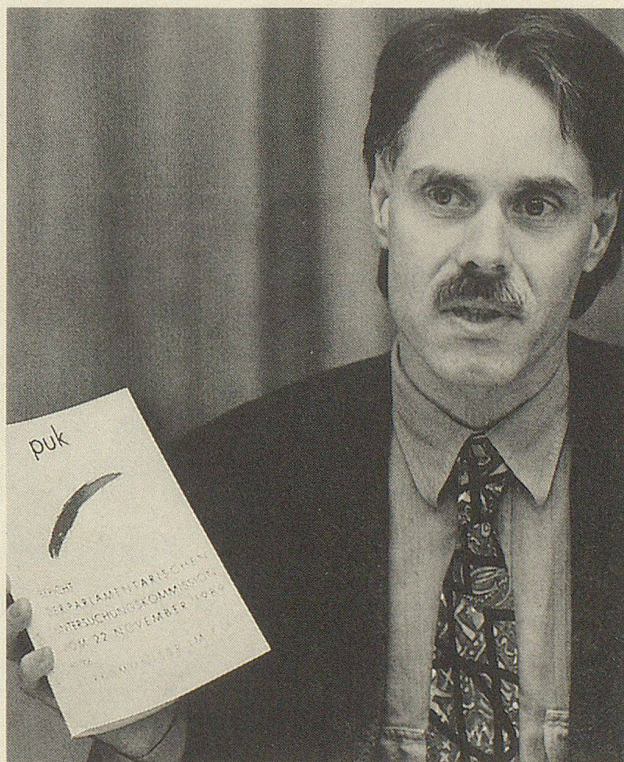
Während Osteuropa sich von der kommunistischen Zwangsherrschaft befreite, blieb die Schweiz auf seltsame Weise mit sich selber beschäftigt. Wohl hatten sich die staatlichen Institutionen bei der Bewältigung der Kopp-Affäre bewährt, wohl nahm der Alltag seinen gewohnten Fortgang; doch der Willensnation Schweiz, der es weder an direkt-demokratischen Ausdrucksmöglichkeiten noch an materiellen Gütern gebrach, steckte in einer schwer zu ergründenden *Bewusstseins- und Vertrauenskrise*. Zweifellos waren die Krisenerscheinungen mitbedingt durch Wohlstands-Übersättigung, durch die Schwierigkeit, dem individuellen und gemeinschaftlichen Dasein über die materiellen Belange hinaus einen tieferen Sinn zu vermitteln. Symptomatisch für den Seelenzustand der Eidgenossenschaft erschienen die uninspiriert und freudlos an die Hand genommenen Vorbereitungen für das 700-Jahr-Jubiläum. Der als Reaktion auf die Fichen-Affäre proklamierte Boykott von Kulturschaffenden passte ins triste Bild einer Nation, für die Gemeinwohl, Solidarität und ehrenamtliche Mitarbeit zusehends zu Fremdwörtern zu verkommen drohen.

*

Nicht geringe Schwierigkeiten bereitete es der Eidgenossenschaft, sich im Zentrum eines sich in rascher Wandlung befindlichen *Europas* neu zu orientieren. Die ehrgeizigen Pläne der Europäischen Gemeinschaft zur Schaffung eines umfassenden Binnenmarktes zwangen zur Erkenntnis, dass die Schweiz von diesem Prozess in jedem Falle betroffen sein würde – ob sie nun aktiv beteiligt wäre oder nicht. Seit Jacques Delors' Rede vom Januar 1989 mussten schweizerischerseits auch Illusionen begraben werden, mit der EG wie bisher bilateral verhandeln zu können. Brüssels Absicht war es, die Efta-Staaten durch Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren und mit ihnen fortan nur noch kollektiv zu verhandeln. Die Schweiz wie auch die andern Efta-Länder unterzogen sich nolens volens diesem Diktat. Vor Verhandlungsbeginn über einen EWR-Vertrag

machten sie jedoch klar, dass sie hinsichtlich der Weiterentwicklung des EWR-Rechts klar geregelte Mitspracherechte für sich beanspruchten (wogegen die EG-Kommission bestenfalls ein Konsultationsrecht einzuräumen bereit schien). Für die Schweiz stand die Frage im Vordergrund, ob die EG ihre Vorbehalte bezüglich des Arbeitsmarktes akzeptieren würde und welche direkt-demokratischen Rechte einem EWR-Beitritt geopfert werden müssten.

Angesichts der schicksalshaften Herausforderung durch «Europa» war nur schwer zu begreifen, dass der sogenannte «Fichen-Skandal» über Wochen hinweg das dominierende Thema der Eidgenossenschaft war. Am 24. November 1989 hatte die zur Aufklärung der Kopp-Affäre eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ihren Schlussbericht vorgelegt. Darin wurde u.a. der Vorwurf entkräftet, die Behörden seien durch das organisierte Verbrechen unterwandert. Bundesanwaltschaft und



Nationalrat Moritz Leuenberger mit dem Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK).

Bundespolizei seien jedoch in den Bereichen Drogen- und Waffenhandel sowie Geldwäsche zu lange untätig gewesen. Bei der Bundespolizei kritisierte die PUK das Sammeln unnötiger und teilweise falscher Informationen sowie ein überholtes, gegen kritische Bürger ausgerichtetes Bedrohungsbild.

Tatsächlich war der *Staatsschutz* in wichtigen Bereichen ohne klare Richtlinien wahrgenommen worden: Über 900000 Fichen über Einzelpersonen und Organisationen waren allein bei der Bundespolizei angelegt worden; daneben existierten Tausende weiterer Karteikarten und Dossiers in Städten, Kantonen und beim EMD. Die Reaktion auf die Fichen-Affäre fiel so heftig aus, dass dieses Thema für Wochen die gesamte eidgenössische Politik überschattete. Seitens der Linken wurde eine Volksinitiative zur Abschaffung der politischen Polizei angekündigt.

*

Die Zweifel hinsichtlich der Identität und Bestimmung der Eidgenossenschaft schlugen sich auch im Ergebnis der Volksabstimmung über die *Initiative «für eine Schweiz ohne Armee»* nieder. Mit 36,5% war der Ja-Stimmen-Anteil überraschend hoch, was wohl auch auf den ra-

santen Wandel des sicherheitspolitischen Umfeldes in Europa zurückzuführen war. Nachträgliche Analysen ergaben, dass das Lager der kompromisslosen Armeegegner einigermaßen konstant geblieben war, dass hingegen eine Mehrheit der Stimmenden (auch solcher, die ein Nein in die Urne geworfen hatten) substantielle Reformen wünschten. Insofern war das Resultat Ausdruck des Wertewandels in der schweizerischen Gesellschaft, die der Landesverteidigung nicht länger einen unantastbaren, privilegierten Status einzuräumen bereit war.

Die Resultate der übrigen eidgenössischen *Abstimmungen* entsprachen den Erwartungen. Am 4. Juni 1989 wurde die sog. «Kleinbauern-Initiative» mit hauchdünner Mehrheit (50,1%) verworfen – ein Warnsignal an die Adresse der schweizerischen Agrarpolitik. Deutlich abgelehnt wurden (am 26. November) die Initiative «pro Tempo 130/100» sowie (am 1. April 1990) die sogenannten «Kleeblatt-Initiativen» gegen den Bau von drei geplanten Autobahn-Teilstücken (mit je rund 65% der Stimmen). Auch zwei Bundesbeschlüsse, gegen die das Referendum ergriffen worden war, fanden beim Souverän keine Gnade: Sowohl der Rebbaubeschluss als auch das sogenannte «Organisationsgesetz» (Bundesrechtspflege) wurden mit knappen Mehrheiten verworfen. (Abschluss: 14. Mai 1990)

flüssig
AMALGEROL®
Güllenverbesserer Nr. 1
Einfach – preiswert – Schweizer Qualitätsprodukt

- macht die Jauche wurzel- und bodenverträglicher durch Abbinden der Gase
- vermindert dadurch gleichzeitig Nährstoffverluste und
- reduziert den Geruch
- wirkt rasch
- ist langjährig bewährt
- Schweizer Fabrikat

Erkundigen Sie sich unverbindlich bei
(Prospekt verlangen):

Amelgo AG
Telefon 071/67 12 52

8580 Amriswil, Freiestrasse 7
(Vertreterbesuch nur auf Wunsch)